

LINKE Bernburg positioniert sich gegen Pläne für Schlachthof

Italienischer Investor plant mit bis zu 28.000 Schlachtungen pro Tag

Zu den bisher bekannten Plänen für einen Schlachthof im Bernburger Gewerbegebiet äußern sich der Ortsvorstand der Bernburger LINKEN und die Fraktion der LINKEN im Bernburger Stadtrat:

Die bisher bekannten Zahlen und die geplanten Kapazitäten machen uns sehr skeptisch. Offensichtlich wird in gigantischen Dimensionen geplant, was grundsätzlich sehr kritisch zu betrachten ist. Neben der Sorge um die enormen Ausmaße, geben uns die zahlreichen noch offenen Fragen zu denken: Welche Auswirkungen auf die Abwasserreinigung sind zu erwarten? Ist längerfristig mit Gebühren- oder Umlageerhöhungen für die Bernburgerinnen und Bernburger zu rechnen? In welchem Umfang profitiert die Stadt von Gewerbesteuern? Was ist mit der zu erwartenden Geruchs- und Lärm-belästigung? Transport und Schlachtung von vielen tausend Tieren am Tag werde nicht geräusch- und geruchslos vonstatten gehen.

Uns sorgen außerdem die Entwicklung des ländlichen Raumes und der Tierschutz. Der Schlachthof, wie er in Bernburg vorgesehen ist, ist kein Gewinn für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum. Die Anlage wird ein hohes Maß an Viehtransporten über



Die Bernburger LINKE unterstützt das Bürgerbegehren gegen die Schlachthofpläne (Foto: privat)

viele hundert Kilometer nach sich ziehen und außerdem Auswirkungen auf die Form der Tierhaltung und somit auch auf die Entwicklung der ländlichen Räume haben. Um dem Tierschutz Rechnung zu tragen, dürfen Schlachtung und Verarbeitung nicht in dieser Konzentration stattfinden.

Wir teilen die erwähnten Sorgen mit der sich in Gründung befindenden Bürgerinitiative und unterstützen deshalb das laufende Bürgerbegehren. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass engagierte Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt sich einmischen und ihre

Interessen deutlich artikulieren. Wir halten es für den besten Weg, wenn letztendlich alle Bernburgerinnen und Bernburger im Rahmen eines Bürgerentscheides darüber entscheiden können, ob sie diese Investition wollen.

Abschließend stellen wir fest, dass die Stadt und der Investor jetzt mit maximaler Transparenz vorgehen müssen. In der letzten Stadtratssitzung wurde dazu bereits ein wichtiger Schritt unternommen. Alle weiteren Fakten müssen möglichst schnell auf den Tisch.

Die Betriebsansiedlungen im Bernburger Gewerbegebiet West sind bisher zweifelsohne eine Erfolgsgeschichte. Die Stadt ist aber nicht gezwungen, jedem Investor eine Ansiedlung zu ermöglichen. Bei zu vielen offenen Fragen und zu hohem Risiko sollte sie auch konsequent Nein sagen. Für das optimal gelegene Gebiet werden sich noch weitere Interessenten finden.

Aus dem Inhalt:

- Großschlachthof Bernburg Seite 1
- Freihandelsabkommen TTIP Seite 2
- Listenaufstellung Staßfurt, Nienburg Seite 3
- Listenaufstellung Saale- Wipper Seite 4
- Bildungspolitik Seite 5
- Aus dem Kreistag Seite 6
- Wahlkreistag Jan Korte, Erwerbslosenfrühstück Seite 7

Das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP versenken

Jan Korte

Führende Politiker in der EU und den USA haben ein neues großes Projekt: Seit Anfang 2013 werkeln Spitzenbeamte und erlauchte Experten der EU und der US-Regierung im kleinen Kreis und hinter verschlossenen Türen an einem Freihandels- und Investitionsabkommen, der sogenannten Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). Eigentlich sollte das Abkommen im Hauruckverfahren schon im Herbst 2014 beschlossen werden. Nachdem die Öffentlichkeit aber u.a. durch die Veröffentlichung geheimer Verhandlungspapiere alarmiert wurde und sich Protest regte, ist dieser Plan zum Glück erst einmal nicht aufgegangen.

Worum geht es beim TTIP?

Die Idee zu einer neuen ökonomischen Allianz des „Westens“ erwuchs nicht zuletzt aus der Befürchtung, gegenüber der aufstrebenden Wirtschaftsmacht China ins Hintertreffen zu geraten. US-amerikanische Politiker haben dieses Abkommen denn auch in der Tradition des Kalten Krieges eine „Wirtschafts-NATO“ genannt. Der Begriff beschreibt ganz gut, warum andere Teile der Welt das Gefühl haben werden, zwei der größten Wirtschaftsmächte würden sich gegen sie zusammenschließen.

Aber nicht nur der Rest der Welt muss sich Sorgen machen, sondern in erster Linie die Betroffenen in den USA und der EU. Denn mit dem TTIP sollen Gesetze, die unsere Gesundheit, das Arbeitsleben und die Natur schützen, künftig als Handelshemmnis gelten. Beim TTIP geht es nämlich nicht um den Abbau von Zöllen, die im Handel zwischen der EU und den USA bereits so gering sind, dass sie kaum noch eine Rolle spielen, sondern stattdessen um die wechselseitige Absenkung von Normen und Standards, so genannten nicht-tarifären Handelshemmnissen. So verbieten die USA beispielsweise die Einfuhr bestimmter französischer Käsesorten, während in Europa mit Hormonen behandeltes US-Fleisch oder Fracking verboten



TTIP stoppen!

Geheimes Handelsabkommen bedroht unsere Demokratie

sind. Aus Sicht der großen, international tätigen Unternehmen sind all diese Regelungen ein Ärgernis und ein einheitliches, für sie kostengünstiges und niedriges Niveau gesetzlicher Bestimmungen muss her.

Dies dürfte auch der Grund dafür sein, warum das TTIP geheim verhandelt wird. Offen vorgetragen hätte ein solcher Angriff auf demokratisch legitimierte Gesetze und Rechte weder bei uns noch in den USA größere Aussicht auf Erfolg.

Seit dem sich der Protest regt, läuft aber auch die Propagandamaschine: Mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätze und höhere Einkommen werden von „unabhängigen“ Instituten und Umfragen prophezeit. Von mehr als 2 Mio. Arbeitsplätzen, davon knapp über 1 Mio. in den USA und ca. 181.000 in Deutschland wird z.B. in einer Studie des IFO-Instituts im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung geschwärmt. Wenn man genauer hinguckt, erfährt man jedoch, dass sich dieser Zuwachs erst in den nächsten 20 Jahren ergeben soll. Selbst der leitende Ökonom des IFO Instituts musste kürzlich einräumen, dass „selbst im optimistischsten Szenario die ökonomischen Wirkungen klein“ seien. Kein Wunder also, dass ver.di zu folgender Analyse kommt: „Gewinner werden vor allem multinationale Konzerne sein. In den USA sind es die großen Dienstleistungsanbieter, die sich Zugang zum Europäischen Markt erhoffen, der bisher weit weniger liberalisiert ist, als der Dienstleistungsmarkt der USA.“

Wenn es so läuft, wie sich die Exportbranchen das wünschen, wird das

TTIP für sie massive Kostenvorteile und mehr Gewinne bringen, gleichzeitig stünden alle anderen Unternehmen und andere Volkswirtschaften unter starkem Druck, wenn sie auf dem neuen transatlantischen Markt überleben wollen.

Dass von Freihandelsabkommen Beschäftigte nämlich selten bis nie profitieren, zeigt das sogenannte NAFTA - Abkommen zwischen Kanada, USA und Mexico: Zehn Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens am 1. Januar 1994 hatte sich Mexiko unter NAFTA zwar zu einer erfolgreichen Exportnation gewandelt, aber der versprochene breite Wohlstand blieb aus. Fast die Hälfte der 100 Millionen Mexikaner lebt in Armut, netto gingen 750 000 Arbeitsplätze verloren.

TTIP ist ein Anschlag auf mühsam erkämpfte Rechte.

Wie so oft, wenn es ums große Geld und um Marktanteile geht, haben die Vertreter großer Unternehmen exklusiven Zugang zum Verhandlungsclub. Sie sind früher als Parlamente und Öffentlichkeit informiert, können die Zwischenergebnisse kommentieren und stets ihre Wünsche vortragen. Über 600 Vertreter der Wirtschaftslobby haben die TTIP-Verhandlungen vorbereitet und verteidigen ihren VIP-Status und ihre Profit-Interessen. Wenn es nach den Lobbyisten der Konzerne geht, sollen Arbeitnehmerrechte aufgeweicht oder umgangen werden und über diesen Umweg etwa ein flächendeckender Mindestlohn und/oder soziale Standards bei der öffentlichen Auftragsvergabe als Handelshemmnis gelten und beiseite geräumt werden können. Das Gleiche gilt für parlamentarische Entscheidungen für einen guten Verbraucher- und Umweltschutz. DIE LINKE will deshalb, gemeinsam mit vielen anderen Kritikerinnen und Kritikern in Europa und den USA, den Widerstand gegen TTIP in den Parlamenten und auf der Straße lautstark vertreten.

MdB Jan Korte ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Listen für Stadtrat- und Ortschaftsratswahl aufgestellt

Staßfurter LINKE geht mit 34 KandidatInnen ins Rennen

Ralf-P. Schmidt

Der Saal der Aula in der Grundschule Staßfurt Nord war Sonnabendmorgen gut gefüllt. Der Sprecher des Ortverbandes DIE LINKE, Staßfurt, Siegfried Mahlfeld, konnte die stimmberechtigten Mitglieder seiner Partei und auch zahlreiche parteilose KandidatInnen zur Kommunalwahl 2014 begrüßen. Insbesondere 3 Neumitgliedern der Partei, die auch zu Listenkandidaten wurden, galt der Gruß der Versammlung. Doch vorab konstituierte sich die Versammlung unter Regie von Klaus Magenheimer. Geschäftsordnung und Wahlordnung, sowie die Bestimmung der Gremien ging zügig voran.

Es folgten die Reden des Sprechers Siegfried Mahlfeld zur Arbeit der aktuellen Stadtratsfraktion und den LINKEN OrtschaftsratsvertreterInnen und der Rechenschaftsbericht des Fraktionsvorsitzenden, Klaus Magenheimer. Ralf-P. Schmidt führte anschließend in das Wahlprogramm ein. „Wir mit Herz für Staßfurt“ ist der Wahlslogan der Staßfurter LINKEN 2014. Schnell wurde klar, dass dies für die Mitstreiter engagierte Sachpolitik bedeutet, die natürlich auch Sachverstand und Kompetenz einschließt. Und ganz selbstbewußt wurde das Ziel formu-

liert, als stärkste Kraft in den Staßfurter Stadtrat einziehen zu wollen. So formuliert das Wahlprogramm klar ein Politikangebot an die WählerInnen zum Mitmachen. Mehr Bürgerbeteiligung, mehr Mitsprache von Elternkuratorien und mehr Rechte für Ortschaftsräte sind Handlungsmaxime der Staßfurter LINKEN. Es gehe um eine Politik für die hier Wohnenden. Dies betrifft Kita, Schule, Spielplatz, Sitzbänke, Bibliothek, Schwimmbad, Tiergarten, Theater und Arbeitsplätze gleichermaßen. Nach Einschätzung von Schmidt, sind da die Ideen der CDU/SPD Ratsfraktionen zur Beendigung eines kommunalen Kita-Angebotes oder aber die SPD-Idee - Reduzierung des Zuschusses für den Jugendtreff „Glashaus“ - die falschen Signale.

So versichert Schmidt: DIE LINKE ist in Staßfurt Garant für Kultur-, Sozial- und Sportangebote, eine überlegte Beschlussfassung zum Thema Bürgerbelastung und ein Motor für mehr Bürgerbeteiligung.

So wollen DIE LINKEN ihr Wahlprogramm noch weiter diskutieren und ihren Blick schärfen. Die Mitgliederversammlung hat dazu die Mitglieder



Ralf-P. Schmidt (Foto: privat)

des Ortsvorstandes, die Mitglieder der aktuellen Stadt- und Ortschaftsratsfraktionen und alle neuen KandidatInnen ermächtigt, das Wahlprogramm in einer besonderen Versammlung auf breiter Beteiligungsbasis abschließend zu beraten und zu beschließen. Im Ergebnis wird Ralf-P. Schmidt die offene Liste der LINKEN mit 23 KandidatInnen für den Staßfurter Stadtrat anführen. Er freut sich, dass darunter bewährte PolitikerInnen, aber auch neue Gesichter, die SeniorInnen, Jugendliche und Vereinsleben präsentieren, vertreten sind.

Ralf-P. Schmidt ist stellv. Fraktionsvorsitzender im Staßfurter Stadtrat

Nienburger LINKE geht mit 3er-Team in Stadtratswahl

Christian Jethon

Die Nienburger Basisorganisation geht mit einem Team aus zwei Kandidatinnen und einem Kandidaten in die Stadtratswahl am 25. Mai 2014. Das ist das Ergebnis einer Mitgliederversammlung am 12. März.

Die LINKE Liste führt dabei mit Matthias Henning der derzeitige Chef der Stadtratsfraktion an. Er ist Student und seit 2010 Mitglied des Stadtrates. Auf Platz 2 wurde Mandy Tkotz gewählt, die seit 2013 dem Nienburger Stadtrat angehört. Die Reha-Fachkraft arbeitet bei einem Bernburger Bildungsträger. Dorothea Renner gehört seit vielen



Die Nienburger KandidatInnen (Foto: privat)

Jahren zum Ortschaftsrat Latdorf und bringt damit die meiste kommunalpolitische Erfahrung ein. Sie wurde auf Platz 3 der Liste gewählt und kandidiert zusätzlich auch wieder für den Latdorfer Ortschaftsrat. Frau Renner ist Rentnerin und hat zuvor im Köthe-

ner Finanzamt gearbeitet.

Die Nienburger LINKE war sich bei der Mitgliederversammlung einig, dass sie auch im neuen Stadtrat für größtmögliche Transparenz bei allen Entscheidungen sorgen wird. Darüber hinaus wird sie sich für den Erhalt kommunaler Infrastruktur – wie beispielsweise dem Schwimmbad – einsetzen. Dafür ist es aus Sicht der LINKEN unbedingt notwendig, die derzeit desolaten Finanzen der Stadt in Ordnung zu bringen. Eine Bevorzugung der Stadt Nienburg gegenüber den dörflichen Ortsteilen lehnt DIE LINKE ab.

Listen für Kommunalwahlen aufgestellt

Vertreterversammlung der LINKEN Saale-Wipper stellte Kandidatenlisten auf

Ernst-Hermann Brink

Am 22.03.2014 trafen sich die Mitglieder des Ortsverbandes Saale-Wipper im „Deutschen Haus“ in Güsten, um ihre Kandidatenlisten zu wählen. Der Ortsvorsitzende Tobias Pochanke begrüßte alle Mitglieder und die Gäste. Zu Beginn ging es nochmal um einige Punkte, die für die Flyer wichtig sind. Außerdem wurden mehrere Varianten des Logos vorgestellt. Nachdem die Regularien für die Wahl beschlossen waren, ging es zur Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten. Danach konnte die Wahl der Listen für die Wahlbereiche des Verbandsgemeinderates und der Städte und Gemeinden beginnen. In den Verbandsgemeinderat wollen 17 Mitglieder und Sympathisanten einziehen. Für den Stadtrat Alsleben treten 3 Kandidaten und für den Stadtrat Güsten 9 Kandi-

daten an. Beim Gemeinderat Giersleben ist es 1 Kandidat und für den Gemeinderat Plötzkau sind es 3 Kandidaten. Nur für den Gemeinderat Ilberstedt haben wir keinen Kandidaten gefunden.

Für die Verbandsgemeinde kandidieren in Alsleben im Wahlbereich 1: Daniel Wernecke und Ramona Matern im Wahlbereich 2: Peter Matern. Für Güsten im Wahlbereich 3: Yvonne Stanczyk und Günter Franz, Wahlbereich 4: Ernst Hermann Brink, Elke Siebert und Waltraud Bölke, im Wahlbereich 5: Tobias Pochanke, Lars Lehmann, Thomas Nicula und Manfred Bölke. Im Wahlbereich 6 (Giersleben) kandidiert Astrid Kieschke, im Wahlbereich 7 (Ilberstedt) Dr. Harald Lütke-meier und in Plötzkau Wahlbereich 8: Alexander Weimann, Gudrun Bewers-

dorf und Torsten Querfurth. Für den Stadtrat Alsleben kandidieren: Peter Matern, Ramona Matern und Daniel Wernecke. In den Stadtrat Güsten wollen Tobias Pochanke, Yvonne Stanczyk, Lars Lehmann, Elke Siebert, Günter Franz, Astrid Kieschke, Ernst Hermann Brink, Thomas Nicula und Manfred Bölke einziehen. Für den Gemeinderat Giersleben tritt Kurt Hoffmann nochmal an und in den Gemeinderat Plötzkau wollen Alexander Weimann, Gudrun Bewersdorf und Torsten Querfurth. Das Ziel aller besteht darin, die bisherige Zahl der Abgeordneten (2 Verbandsgemeinde und 6 in den Orten) deutlich zu erhöhen (übertreffen).

Ernst Hermann Brink ist Pressesprecher des Ortsverbandes Saale-Wipper

Staßfurter LINKE übernimmt Tierpatenschaft

LINKE übernimmt Tierpatenschaft für Stachelschwein und positioniert sich klar zum Erhalt des Staßfurter Tiergartens

Ralf-P. Schmidt

Die Zeit vor der Wahl ist deshalb eine interessante Zeit, da einerseits Bilanz zu ziehen ist und andererseits die zukünftigen Ziele im politischen Agieren neu abgesteckt werden. In diesem Zusammenhang entschied sich die Stadtratsfraktion DIE LINKE/offene Liste im Staßfurter Stadtrat, eine Tierpatenschaft im Staßfurter Tiergarten zu übernehmen und somit ein klares Bekenntnis für die Einrichtung Tiergarten in Staßfurt kundzutun – informiert Ralf-P. Schmidt die Anwesenden vor Ort.

Tierparkleiterin Bianca Ziem überreichte gemeinsam mit Herrn Partzelt von der Lebenshilfe Bördeland die Patenschaftsurkunde und hofft auf eine längerwährende Patenschaft.

Landratskandidatin Sabine Dirlich (DIE LINKE) hat anlässlich dieser neuen Verbindung einen Gemüsekorb für die neue Patin, denn das Stachelschwein ist weiblich und blind, war zu

Die Linke Zeitung 04/2014, Seite 4



Sabine Dirlich im Tierpark Staßfurt

(Fotos: privat)

erfahren, mitgebracht.

Gemeinsam wurde auf das Ereignis angestoßen und Ralf-P. Schmidt trug aus seiner Sicht vor, welche Gemeinsamkeiten sich zwischen Stachelschwein und LINKEN finden lassen. Da waren schnell viele Argumente benannt: Stachelschweine sind solidarisch und leben im Familienbund, treten mit ganzer Sohle auf und wissen sich erst durch Geräusche, dann durch Volu-

men und schließlich auch durch Angriff zu positionieren. Beide sind nicht vom Aussterben bedroht – betont Schmidt scherzhaft. Den Termin begleiteten weiterhin Angelika Flügel, Klaus Magenheimer, Bianca Görke und Alexander Behm, die künftig in der Staßfurter Politik mitmischen wollen.

Weniger Bildung kann keine Zukunft für unser Land sein

Interview mit Bildungspolitiker Matthias Höhn zum Kurs in der Schulentwicklungsplanung

In den letzten 20 Jahren wurden immer wieder Schulen in Sachsen-Anhalt geschlossen. Warum nun schon wieder?

Weil CDU und SPD die Zahl der Lehrkräfte im Land um ca. 2000 Stellen reduzieren. Das geht nur, wenn man Schulen schließt. Allerdings „spart“ sie mit den jetzt gefährdeten Grundschulen max. 200 LehrerInnen.

Und die restlichen 1800?

Das ist die Frage, um die sich die Koalition drückt. Aber es ist beschlossene Politik. Darum wird die Frage der Unterrichtsversorgung immer mehr ein zentrales Problem, auf das wir seit Jahren hinweisen. Bleiben CDU und SPD bei diesen Zahlen und wollen gleichzeitig massiven Unterrichtsausfall vermeiden, müssen entweder weitere Schulen geschlossen werden oder es muss einen drastischen Abbau von Bildungsangeboten an Schulen geben. Das müssen wir verhindern. Wir wollen diesen Personalabbau stoppen. Weniger Bildung kann keine Zukunft für unser Land sein.

Mit den Schülerzahlen und der demografischen Entwicklung haben die Schulschließungen also nichts zu tun?
Nein. Bis mindestens 2020 bleiben die Schülerzahlen in Sachsen-Anhalt stabil, in den Grundschulen steigen sie sogar.

Die Fraktion DIE LINKE hat ein Moratorium gefordert. Warum?

Dieser Vorschlag liegt seit letztem Jahr auf dem Tisch. Kostbare Zeit verstreicht seitdem. In vielen Regionen regt sich Widerstand gegen die Schließungspläne, mehrere Kreistage haben Resolutionen an das Land gerichtet. Wir wollen ein Moratorium, also ein Aussetzen der Pläne, um Zeit zu gewinnen, in der das Land mit den Beteiligten vor Ort ins Gespräch kommen und im Ergebnis dieser Diskussionen eine überarbeitete Verordnung vorlegen kann.

Wie reagiert die Koalition darauf?

CDU und SPD lehnen dies strikt ab. Sie wollen, dass die Verordnung der Landesregierung 1:1 umgesetzt wird.



Aber in der CDU gab es jüngst Diskussionen über andere Modelle. Wie bewertest du das?

Es ist gut, dass in Teilen der Regierungsparteien Debatten stattfinden. Allerdings sind diese Debatten schon wieder mit einem Basta der Koalitionsspitzen beendet worden. Jetzt gibt es vage Ankündigungen für die Zeit nach 2016, also nach der nächsten Landtagswahl. Das hilft den Verantwortlichen vor Ort derzeit überhaupt nicht.

Schulverbände waren im Gespräch...

Ja. Bis 2005 waren Schulverbände – also mehrere Schulstandorte werden organisatorisch zu einer Schule zusammengefasst – im Land möglich. Dann wurde diese Möglichkeit von CDU und FDP abgeschafft. Ich bin offen, über ihre Wiedereinführung zu sprechen. Dann müssen aber auch andere Dinge auf den Tisch. Bliebe es nämlich ansonsten bei den bisherigen Festlegungen der Landesregierung, z.B. zum Einsatz des Lehrpersonals, wären Schulverbände kein Ausweg. Es sei denn, man nähme erhebliche Qualitätsverluste in Kauf. Zwei kleine Schulen, die sich zu einer größeren zusammenschließen könnten, hätten dann nur noch halb so viele Lehrkräfte zur Verfügung wie bisher. Das würde den Schulalltag und die Qualität spürbar beeinflussen.

Wo ist der Ausweg?

Wir müssen an zwei Punkten ansetzen: an der Personalpolitik des Landes und an der Überregulierung. CDU und SPD müssen von ihren Plänen, weiter in Größenordnungen Personal abzubauen, abrücken. Wenn wir die Zahl der Lehrkräfte stabil halten, ist

nicht jedes Problem gelöst, aber wir brauchen keine flächendeckenden Schulschließungen mehr. Jedes Jahr absolvieren bei uns gut qualifizierte, junge Leute das Lehramtsstudium. Aber dann stellen wir sie nicht bei uns ein, sondern schicken sie in andere Bundesländer.

Die Überregulierung betrifft die Vorgaben des Landes für die Schulnetzplanung der Landkreise. Sie sind ein unflexibles Netz an fixen Eckwerten – zu Schulgrößen, Anzahl der Klassenzüge, Mindestgrößen von Anfangsklassen etc. Da ist wenig Raum für Lösungen, die auf die örtlichen Gegebenheiten Rücksicht nehmen. Kommunen brauchen mehr Spielraum. Ein Weg wäre, den Landkreisen auf Grundlage der jeweiligen Schülerzahlen einfach das notwendige Lehrpersonal zur Verfügung zu stellen. Mit wie vielen Standorten der Kreis dann sein Schulnetz ausstattet, wäre seine Sache, solange er die Qualität vor Ort absichert.

Wie kann es jetzt konkret weitergehen?

Ich hoffe, dass der Druck in letzter Minute dazu führt, dass die Abgeordneten von CDU und SPD ihre Meinung ändern. Tun sie das nicht, gibt es kaum noch eine Chance, die Schließungen zu stoppen. Ohne politische Mehrheiten für einen Kurswechsel bei der Schulnetzentwicklung im Landtag geht das nicht – und die gibt es bisher nicht. Ich will alle ermutigen, ihre Aktivitäten vor Ort nicht einschlafen zu lassen – der drohende Personalangel wird rasch auf alle Schulen durchschlagen. Hier brauchen wir als parlamentarische Opposition die Unterstützung vor Ort. Hier ist noch Zeit, die Politik der Landesregierung zu korrigieren – aber eben auch nicht mehr sehr viel.

MdL Matthias Höhn ist Sprecher für Bildungsföderalismus und Bildungsressourcen

Kreistag diskutierte über Haushalt

Klaus Magenheimer

Zum letzten Mal in der langen Wahlperiode standen der Kreishaushalt und ein Konsolidierungskonzept auf der Tagesordnung der insgesamt 47. Sitzung. Das Ergebnis der Diskussion in der Fraktionssitzung und auch in den Ausschusssitzungen fasste Klaus Magenheimer als stellvertretender Fraktionsvorsitzender in einem Redebeitrag zusammen.

Er bedankte sich im Namen der Fraktion ausdrücklich bei der Kreisverwaltung und bei allen denen, die in vergangenen Wochen an den umfangreichen Werken gearbeitet hatten.

Es wurde unterstrichen, dass leere Kassen oder große Finanzierungsprobleme - und das trifft für fast alle Landkreise und Kommunen zu - kein Naturgesetz sind. Es gehört auch im Kreistag angesprochen, dass die Steuergeschenke der letzten Regierungen die öffentlichen Haushalte plündern. Gesetze, die vom Bundestag auf den Weg gebracht werden, haben eben

Auswirkungen auf unseren Haushalt. Er forderte die Mitglieder des Kreistages auf, ihre festen Verbindungen zu Bundestagsabgeordneten endlich zu nutzen und darauf zu verweisen: Wenn Aufgaben in die Kommunen verlagert oder Standards festgelegt werden, dann muss man sich auch angemessen an der Finanzierung beteiligen, nach der bekannten Formel: Wer bestellt, bezahlt. Als kommunale Mandatsträger erleben die Mitglieder der Fraktion schmerzlich, dass ihnen immer mehr Gestaltungsspielräume genommen werden und so die Motivation für das Ehrenamt schwindet.

Weil sich der Landkreis durch die Kreisumlage bei den Kommunen bedient, fällt es denen immer schwerer Geld für Theater, Bibliotheken Sportplätze und Jugendeinrichtungen zur Verfügung zu haben.

Auch gibt es in der Fraktion erheblichen Zweifel an der Erreichbarkeit der Konsolidierungsziele. Es stellt sich

die Frage, sollen damit nur die Seelen beruhigt werden; nach dem Motto kommt Zeit, kommt Rat.

Die Mitglieder der Fraktion sind der festen Überzeugung, mit der Fortsetzung der Politik der Steuerentlastung der Großunternehmen und großen Einkommen und Vermögen – wird sich an unserer Haushaltslage nichts Positives verändern. Denn durch Steuerhinterziehung und Steuerschlupflöcher gehen uns jährlich etwa 160 Milliarden Euro verloren.

Wir richteten den Appell an die Vertreter im Landkreistag und Städtebund, eine solche Zusammenarbeit zu entwickeln, die den Druck auf den Bund in der Richtung erhöht, einen kommunalen TÜV einzuführen und alle politischen Entscheidungen auf ihre möglichen Auswirkungen für die Kommunen hin überprüfen.

Beide Dokumente wurden mit 8 Neinstimmen und 12 Enthaltungen auf den Weg gebracht.

Das Problem heißt Rassismus

Birke Bull

Am 2. April wurde ich auf diverse Diskussionen im Internet aufmerksam gemacht, die sich nach einem Bericht über eine Schlägerei zwischen zwei Asylbewerbern in Internetforen und Facebook entwickelten. Was war passiert: zwei Asylbewerber gerieten während des Wartens auf die Auszahlung ihres Geldes in Streit. Es entstand eine Schlägerei, die Polizei musste schlichten. So weit, so alltäglich, überall da, wo Menschen aufeinandertreffen. Nachdem die dazugehörige Polizeimeldung auf bbglive.de veröffentlicht wurde, entspann sich eine heftige Diskussion mit teilweise rassistischen, volksverhetzenden und menschenverachtenden Äußerungen. Sie zeigen: auch in Bernburg gibt es Alltagsrassismus. Es scheint gesellschaftsfähig geworden zu sein, Ausländerinnen und Ausländer als „asoziales Viehzeug“, „Mistpack“ und „Gesindel“ zu bezeichnen, das man „in einen Eisenbahnwaggon stecken,



(Foto: pixelio.de, Dieter Schütz)

zuschießen und ab nach Afrika“ schicken will (so zu lesen in den Kommentarspalten und in Facebook-Foren).

Häufig genannt wurde das Unverständnis, dass Flüchtlinge Geld „für's Nichtstun“ bekommen. Umgekehrt ist das Problem begründet: Es sind die gesetzlichen Regelungen, die ihnen die Aufnahme von Arbeit in den ersten neun Monaten vollständig verbieten und später nur dann erlauben, wenn keine anderen Bewerberinnen oder Bewerber zur Verfügung stehen. Erst nach vier Jahren Aufenthalt in Deutschland erhalten sie überhaupt erst die Chance, für ihren Lebens-

unterhalt selbst zu sorgen. Bis dahin muss es heißen, die Würde des Menschen ist auch durch das Asylrecht nicht teilbar. Das heißt: Asylbewerberinnen und -bewerber haben ein Recht auf das Existenzminimum, wie jeder andere Mensch auch. Sie sind nicht aus Spaß in Deutschland, sondern aus unterschiedlichen Gründen, die sie zwingen, einiges auf sich zu nehmen, um ihre Heimatländer zu verlassen. Nicht wenige bezahlen das unterwegs mit dem Leben. Diejenigen, die es schaffen, treffen dann hier auf eine Welle von Hass. Ich hoffe, dass sich in Bernburg viele finden, die sich dem entgegen stellen und eine Atmosphäre des Verständnisses und des Willkommenseins schaffen. Organisieren und austauschen können sie sich in der Facebook-Gruppe „Bernburg zeigt Farbe“, die Mathias Henning gegründet hat. Für dieses Engagement sei ihm herzlich gedankt.

MdL Birke Bull ist Landesvorsitzende

20. Erwerbslosenfrühstück in Bernburg

Jana Lankau

Beim 20. Erwerbslosenfrühstück ging es zum wiederholten Mal um Fragen des Mietrechts. Der Vorsitzende des Mietervereins Prof. Peter Kaufmann nahm zunächst die Wahlversprechen der Parteien und deren Umsetzung unter die Lupe. Vor der Wahl ergab sich der Eindruck, dass bei den Parteien endlich angekommen ist, dass der Wohnungsmarkt eine sehr problematische Richtung genommen hat. Mietpreisbremsen sollten eingebaut werden, um Mieter vor explodierenden Mieten zu schützen. Das betrifft einerseits die Umlage der Kosten der energetischen (Luxus)Sanierung und andererseits die Erhöhung der Mieten bei Wiedervermietung. In beiden Fällen tut sich nichts. Auch die Erhöhung des Wohngeldes ist nicht einmal Bestandteil des Haushaltsjahres 2015. „Im Wahlkampf hatten alle ein offenes

Ohr für die Probleme der MieterInnen, aber wir wussten damals noch nicht, dass sie ein 2. Ohr haben, wo das alles wieder raus konnte.“ Alles in allem eine enttäuschende Bilanz.

In Bernburg beobachtet der Mieterverein seit Jahren den Wohnungsmarkt. Die Durchschnittskaltmiete liegt bei 4,36 Euro und ist relativ stabil. Die energetischen Sanierungen sind seit Jahren durch. Was hingegen zur Erhöhung der Wohnkosten führt, sind die steigenden Nebenkosten auf durchschnittlich 2,50 Euro, davon 1,20 Euro für Heizkosten. Die Hälfte der Anfragen an den Mieterverein betreffen folglich auch die Nebenkostenabrechnungen. In circa 50 % werden Fehler festgestellt, entweder, weil Positionen aufgeführt werden, die nicht im Mietvertrag stehen, weil eine kürzere Mietdauer als ein Jahr nicht

entsprechend umgerechnet wird, oder weil schlicht Rechenfehler passieren. Aber auch Phantasiepreise bei der Wasserabrechnung fielen dem Mieterverein schon auf. Wer seine Nebenkostenabrechnung prüfen lässt, ist klar im Vorteil.

In den Anfragen ging es dann um Sozialwohnungen und Wohnungen, die den Richtlinien des Jobcenters entsprechen. „Hartz-IV passt für alles Mögliche, nur nicht fürs Leben.“ fasste Sabine Dirlich, Mitglied des Landtages und Kandidatin für die Landratswahl, verschiedene Erfahrungen zusammen. Deshalb wird die Stadtratsfraktion eine Anfrage stellen, wie sich die Wohnsituation von Bernburger Hartz-IV-EmpfängerInnen darstellt, um festzustellen, ob die Richtlinie noch zu den vorhandenen Wohnungen passt.

Sozialkundeunterricht und Scheckübergabe in Staßfurt

Jörg Lemmert

Im Rahmen seiner letzten Wahlkreiswoche war MdB Jan Korte auch in Staßfurt unterwegs, wo drei weitere Wahlkreistermine auf dem Programm standen.

Am Dr.-Frank-Gymnasium war Jan Korte im Sozialkundeunterricht zu Gast. Die 12. Klasse hatte den Abgeordneten kurz vor den Abiturprüfungen eingeladen, um ihn u.a. über aktuelle Themen auszufragen. Nach einem allgemeinen Überblick über seine Arbeit in Berlin und im Wahlkreis ging er ausführlich auf die zahlreichen Fragen der Schülerinnen und Schüler ein. Mit der sehr interessierten und gut vorbereiteten Klasse ergab sich eine äußerst muntere Diskussion, die sich u.a. um die Edathy-Affäre, die Bundeswehrreform, Mindestlöhne und die Rolle der Opposition im neuen Bundestag drehte. Auch bei kommunalen Themen, wie der Schließung und Wiedereröffnung der Staßfurter Klinik und den drohenden Schulschließungen in einigen Ortsteilen der Bodestadt, zeigten sich die Schülerinnen und Schüler



Jan Korte mit LINKEN StadtratskandidatInnen in Staßfurt

(Foto: privat)

sehr interessiert.

Anschließend hatte alle Bürgerinnen und Bürger Staßfurts wieder die Chance, ihre Fragen an Jan Korte zu richten. Bei der öffentlichen Bürgersprechstunde auf dem Benneckschen Hof stand die Kommunalpolitik im Mittelpunkt, was nicht zuletzt an den zahlreich erschienenen LINKEN Stadtratskandidatinnen und-kandidaten lag. Neben den Stadtratsbeschlüssen vom Vorabend, ging es dementsprechend vorwiegend um die Stadtrats- und

Kreistagswahlen am 25. Mai.

Zum Abschluss der Wahlkreiswoche durften sich noch die Kinder in der Neundorfer Kita „Pustebume“ über finanzielle Unterstützung für ihren zukünftigen Theaterraum freuen. Zusammen mit den Staßfurter Stadträten Ralf-Peter Schmidt und Klaus Maaß übergab Jan Korte einen Scheck über 300 Euro an Arlette Wagner und Ines Niehoff von der Kindertagesstätte.

Jörg Lemmert ist Wahlkreismitarbeiter von MdB Jan Korte

**Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
April
recht herzlich**

zum 89. Geburtstag
Ilse Fischer
Rolf Becker

zum 88. Geburtstag
Elfriede Bölke

zum 87. Geburtstag
Brunhilde Dise

zum 85. Geburtstag
Oskar Wohlgemuth

zum 84. Geburtstag
Werner Schulze

zum 83. Geburtstag
Hartmut Kegler

zum 82. Geburtstag
Friedrich Schütz

zum 80. Geburtstag
Horst Lippert
Horst Wank

zum 75. Geburtstag
Günter Herhold

zum 70. Geburtstag
Waltraud Sander

zum 65. Geburtstag
Rüdiger Wendt

zum 60. Geburtstag
Petra Vogelsang



**Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im
April Geburtstag haben**

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am
30.04.2014 um 18 Uhr im Fraktions-
büro in Staßfurt.

**Listenaufstellungen für die
Kommunalwahlen am 25.05.2014**

Die Listen für den Kreistag und die
einzelnen Ortschaften im Salzland-
kreis können hier in den nächsten
Wochen eingesehen werden:
[http://www.dielinke-salzlandkreis.de/
wahlen/kommunalwahlen_2014/](http://www.dielinke-salzlandkreis.de/wahlen/kommunalwahlen_2014/)

**Landratskandidatin
Sabine Dirlich unterwegs im
Salzlandkreis**

24.04. und 08.05.2014, 10 Uhr: Info-
stand auf dem Holzmarkt in
Aschersleben
01.05.2014, 10 Uhr: Maifest auf dem
Bierer Berg
12.05.2014, 18 Uhr: Wahlforum der
MZ im Theater Bernburg
13.05.2014: Unterwegs mit D.
Bartsch und J. Korte (siehe unten)
15.05.2014, 16 Uhr: Wahlforum im
BfW Staßfurt

Aufruf zur Mitarbeit!

DIE LINKE Zeitung möchte mög-
lichst ausgewogen aus allen Regio-
nen des Salzlandkreises berichten
und sucht deshalb ständig Beiträge.
Egal ob BO-Sitzung, Vorstandswahl,
öffentlichkeitswirksame Aktion, Stel-
lungnahmen oder Beiträge von Man-
datsträgern und Abgeordneten. Wir
freuen uns über Beiträge aus allen
Bereichen. Interessenten nutzen bit-
te die Kontaktdaten der Redaktion.

**MdB Dietmar Bartsch und MdB
Jan Korte unterstützen am
13.05.2014 den Kommunalwahl-
kampf im Salzlandkreis:**

10:00 Uhr: Infostand auf dem
Benneckschen Hof in Staßfurt
11:30 Uhr: Infostand auf dem
Karlsplatz in Bernburg

Einsendeschluss für die nächste
DLZ ist der 08. Mai 2014 und Re-
daktionsschluss war der 10. April
2014

Nachruf

In stillem Gedenken
Rosemarie Reuße



BO Aschersleben 1
Kreisvorstand

Nachruf

In stiller Anteilnahme
Hans-Joachim Berndt



AG-SeniorInnen DIE LINKE Staßfurt
Kreisvorstand

**DIE LINKE am 1. Mai im
Salzlandkreis:**

Bernburg: DGB-Kundgebung ab 10
Uhr auf dem Karlsplatz
Schönebeck: Traditionelles Fest
auf dem Bierer Berg ab 11 Uhr
Staßfurt: Politfrühshoppen am Lö-
derburger See ab 10 Uhr, Teilnah-
me am Kirschblütenfest ab 10 Uhr
Aschersleben: DGB-Kundgebung
ab 10 Uhr auf dem Holzmarkt
Güsten: Politfrühshoppen ab
10 Uhr im Bürgerhausgarten
Könnern: Kundgebung mit dem
DGB vor der Gaststätte „Zum Bock“
ab 10 Uhr

„Kaffee mit Links“

Am 14.05.2014 um 16 Uhr im Bern-
burger Bürgerbüro

DIE LINKE ZEITUNG

Herausgeber:
Kreisvorstand DIE LINKE.
Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-salzlandkreis@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg
Redaktion :
Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Joachim Redmann,
Klaus Magenheimer,
Siegfried Mahlfeld,
Stefan Deutschmann

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktions-
schluss eingegangenen Artikeln kann die Ver-
öffentlichung nicht garantiert werden.